

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktag. Abonnementspreis mit M. u. Z. „Voll u. Zeit“ frei Haus pro Woche - Montag bis Sonnabend - 50 Reichspf. Einzelnummer 10 Reichspfennig

Redaktion: Johannisstraße 46

Telefon: 25351-53



Anzeigenpreis: In der Anzeigenspalte 10 Reichspfennig, bei Werbeanzeige: 12 Reichspfennig. Anzeigenspalte: 10 Reichspfennig. Anzeigenspalte: 10 Reichspfennig.

Verkaufsstelle: Johannisstraße 46

Telefon: 25351-53

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 1

Montag, 2. Januar 1928

35. Jahrgang

## Stressemann in der Klemme

Er möchte gerne Neuwahlen — aber seine Freunde möchten nicht

### Das also ist des Pudels Kern!

Das Bürgerblockjahr 1927 ist so zu Ende gegangen, wie es begonnen hatte: mit innerem Gezänk und Krach unter den Regierungsparteien und im Reichstabinett. Der neueste Konflikt hat seinen Ursprung in der Absichtsunterredung zwischen Briand und Stressemann in Genf am 11. Dezember. Schon im September hatte Briand dem deutschen Außenminister zu verstehen gegeben, daß von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Räumung des Rheinlandes, über das Saargebiet usw. vor den Neuwahlen in Frankreich und Deutschland keine Rede sein könnte. Regierungen, die „sterbende Parlamente“ vertreten, hätten nicht die genügende Autorität, um weittragende außenpolitische Abmachungen zu treffen. Stressemann hatte sich mit diesem an sich begründeten Standpunkt Briands abfinden müssen, zumal er dessen wirklichen Sinn durchaus begriff. Erst müßten die Deutschnationalen aus der Regierung verschwinden, dann würde die Bahn für die deutsch-französische Verständigung frei werden. Bei der neuen Aussprache zwischen Briand und Stressemann im Dezember kam der Wille zur möglichst baldigen Wiederaufnahme der Verhandlungen von Thoiry beiderseits zum Ausdruck. Aber die Vorbedingung blieb natürlich dieselbe: neue Parlamente, neue Regierungen.

Darauf hat nun Stressemann in der letzten Sitzung des Ausschusses am 20. Dezember durchaus eindeutige Anspielungen gemacht. Man mußte aus seinem Bericht den Eindruck gewinnen, daß eine zwar nicht formelle, jedoch stillschweigende Verständigung zwischen den beiden Außenministern vorlag, die Wahlen in beiden Ländern möglichst gleichzeitig stattfinden zu lassen, um dann so schnell wie möglich über die Räumung zu verhandeln. Kaum hatte Westarp aus dem Munde Stressemanns diese Absicht vernommen, da beschwor er die deutschnationalen Minister, das Unglück baldiger

Neuwahlen von den deutschnationalen Häuptern abzuwenden. Die deutschnationalen Kabinettsmitglieder seien sehr erstaunt und verärgert wahrheitsgemäß, daß ein Kabinettsbeschluss über eine Reichstagsauflösung im Frühjahr nicht vorliege. Man lief, wie in solchen kritischen Fällen üblich, zu Hindenburg, dem „Retter“ in der deutschnationalen Not, man drückte auf Marx, man bearbeitete Scholz und man ließ die deutschnationale Freiwelt las, die im Chor erklärte, es wäre unwürdig, die deutschen Wahlen zeitlich von den französischen Wahlen abhängig zu machen. Marx redete sich darauf hinaus, zu nächst müßte das Kindelein seiner Ehe mit Keudell, das Reichstagsmitglied, aus der Laube gehoben werden. Scholz, der die Gelegenheit mit Freuden aufgriff, Stressemann in Verlegenheit zu bringen, erklärte, er sehe nicht ein, warum der Reichstag nicht bis zum nächsten Dezember weiter leben sollte.

Nicht weiß Stressemann weder aus noch ein; er möchte zwar die Koalition eines natürlichen Todes im Frühjahr sterben lassen, will sie aber auch nicht vorzeitig sprengen. Andererseits will er sich auch nicht vor Briand hinstellen und sich dem Vorwurf aussetzen, er habe es nicht einmal durchsetzen können, daß die Räumungsverhandlungen bereits im Mai oder Juni beginnen. Mit dieser neuen Sorge schwebt nun Stressemann ins neue Jahr hinein.

Wir Sozialdemokraten können der weiteren Entwicklung mit Gelassenheit entgegensehen. Ob die Wahlen im Frühjahr oder Dezember stattfinden, ihr Ausgang ist uns nicht zweifelhaft. Wir brauchen nur die krampfhaften Verzweiflungen zu beobachten, mit der die Deutschnationalen den Tag der Abrechnung hinauszuschieben versuchen. Aber die Angelegenheit hat auch ihre ernste Seite. Sie beweist, daß den Deutschnationalen das Schicksal des Rheinlandes ganz gleichgültig ist. Lieber noch 1/2 Jahr länger fremde Besatzung als ein freiwilliger Verzicht auf die Regierung, einen Tag, bevor man davon gesagt wird.

## Neujahrsempfang bei Hindenburg

Der Feldmarschall erwies sich für „interpersonale Zusammenarbeit“

Berlin, 1. Januar

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Neujahrstage die Chefs der hiesigen fremden diplomatischen Vertretungen, denen im Ehrenhof des Reichspräsidenten von einer Abteilung Reichswehr die üblichen militärischen Ehrenbezeugungen erwiesen wurden.

Die Glückwünsche des Diplomatischen Korps brachte der Apostolische Nuntius Monsignore Bacelli zum Ausdruck, der zu Beginn seiner Ansprache mit Genugtuung hervorhob, daß das abgelaufene Jahr trotz aller Schwierigkeiten neue Fortschritte auf dem Wege der Verständigung der Völker gebracht habe.

Der Reichspräsident erwiderte, indem er die Hoffnung ausdrückte, daß die harten Prüfungen der Vergangenheit und die wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Nöte der Gegenwart in den Völkern, von denen jedes einzelne im Zusammenleben der Menschheit seine wichtigen und unentbehrlichen Aufgaben zu erfüllen hat, den Willen zur Zusammenarbeit und das Verständnis für die Lebensnotwendigkeit jedes einzelnen Volkes vertiefen und verstärken werden.

Nachdem der Reichspräsident die einzelnen Chefs der diplomatischen Mission begrüßt und beglückwünscht hatte, begann der Empfang der Minister, in deren Namen Reichskanzler Marx das Wort ergriff.

In seiner Antwort führte der Reichspräsident aus: „Das Jahr 1928 wird im Zeichen der Wahlen stehen. Mein dringender Wunsch an diesem Neujahrstage an alle Deutschen, besonders aber an die führenden Männer im Parteileben, in der Presse und in den Volksvertretungen, ist der, daß die Wahlbewegung nicht zu persönlicher Bekämpfung und Verhöhnung ausarten möge.“

Später empfing Hindenburg noch die Vertreter des Reichstages und der preussischen und bayerischen Regierungen, der Reichswehr, der Reichsbahngesellschaft und der Reichsbank.

## Theaterstandal in Berlin

Die Schauspieler des Staatstheaters werden ausgepfiffen

Berlin, 1. Januar

Die Stalkervorstellung im Staatlichen Schauspielhaus, Holbergs „Miles von Thala“, konnte nicht zu Ende geführt werden. Das Publikum erzwang kurz nach der großen Pause durch stürmische Kundgebungen, gegen die die Schauspieler nicht aufkommen konnten, den vorzeitigen Abbruch der Vorstellung.

\*

Nach den vorliegenden Berichten handelt es sich bei diesem Standal nicht um irgendeine politische Kundgebung, sondern

## Der Reichswehrminister in der Zeitungsbranche

Ein neues Dementi fällt

Der „Montag-Morgen“ weiß heute von „einem neuen Geheker-Geheimnis“ aus München zu berichten. Danach unterhält Geheker dort ein Korrespondenzbureau, das bisher schon Aufnahmen verschlungen haben soll, von denen man nicht weiß, ob sie von Dr. Geheker privat gegeben worden sind, oder etwa aus Staatsmitteln stammen. Es handelt sich um den „Süddeutschen Zeitungsdienst“, der rund 150 Zeitungen in Bayern, Baden und Württemberg beliefert. Die haben natürlich keine Ahnung von wem sie ihre Weisheit bezogen. Und hatten alle zusammen vor 2 Jahren die glänzende Idee, Herr Geheker müsse Reichspräsident werden. Denn das war die Parole dieses Dienstes, der übrigens dem wackeren Hüter der Wehrmacht schweres Geld kostete.

Einen Scheid nach dem andern mußte er dafür auf den Tisch legen, im ganzen, immer nach dem M. M., rund 200 000 RM. kamen die aus Gehekers eigenem Beutel, oder etwa aus einem der vielen Geheimfonds, die auch bankrotte Filmunternehmen fontieren? — Das ist die Frage, zu der Herr Geheker wohl oder übel eine Stellung nehmen müssen

## Das Wahlprogramm der polnischen Sozialisten

Freiheit für die Minderheiten!

Łódź, 2. Januar (Radio)

Die polnische sozialistische Partei hat am 1. Januar anlässlich der bevorstehenden Sejm-Wahlen einen Aufruf erlassen, in dem sie für die Autonomie der geschlossenen Minderheiten und für die Autonomie des Willkürgebietes eintritt. Sie fordert gleichzeitig den vollen Wahlkündentag, die Herabsetzung der Militärentlastung und die Abschaffung der Todesstrafe. Aus Kowno wird gemeldet, daß das litauische Kriegsgericht gegen den Führer der litauischen Gewerkschaften, der seit dem Tauröggener Putsch in Polen lebt, einen Steckbrief erlassen hat.

## Des Volkes Schule

Die Ausichten des Reichsschulgesetzes

Kurt Löwenstein

Der Reichsschulgesetzentwurf war nach den Januarwahlen, mit denen er in der Bürgerblockpresse angekündigt worden war, eine allgemeine Enttäuschung. Noch größer war jedoch die Enttäuschung über die „große“ Rede, mit der der verantwortliche Minister von Keudell die Beratung des Gesetzentwurfes im Reichstag einleitete. Man konnte nach der Stellungnahme der Regierungsparteien für die Weiterbehandlung im Bildungsausschuß auf allerhand gefaßt sein. Die für die letzte Form entscheidende verantwortliche Volkspartei hatte so zahlreiche und wesentliche Vorbehalte gemacht, daß man mit einiger Spannung den Moment erwartete, wo der Entwurf an den grundsätzlichen Widerständen der Volkspartei scheitern würde oder wann — wie es in dieser Bürgerblockregierung zur Regierungsgewohnheit gehört — Grundzüge für Regierungsbeteiligung geopfert würden. Zwei Monate lang — und in der Woche vier- bis fünfmal vier Stunden ist der Reichsschulgesetzentwurf mehr weitergeschleppt als gefördert worden. Noch nicht einmal die erste Lesung des Ausschusses ist beendet, und die durchberateten Paragraphen, etwa 12 von 20, sind mit wechselnden Mehrheiten und an wesentlichen Punkten mit Vorbehalten für die zweite Lesung angenommen.

Die Materie ist gewiß nicht einfach, aber bei der völligen Hilflosigkeit der Regierung und ihrer Parteien wird die Sache nicht einfacher. Noch heute wissen die Regierungsparteien nicht, ob sie das Gesetz überhaupt zustande bringen wollen, noch welche Minimal- und Maximalbedingungen sie für sein Zustandekommen stellen. Der Minister von Keudell trägt nicht wenig zur Verwirrung bei. Es ist ihm geraten worden, sich einen Wandergewerbeschein zu besorgen, da er sein Regierungsgeschäft im Umherziehen zu betreiben scheint. Im Bildungsausschuß erscheint er selten, immer nur für ein paar Minuten, gibt kurze, nicht immer verständliche, meist nicht sachkundige Erklärungen ab und verabschiedet wieder zum deutlich merklichen Mißvergnügen selbst seiner Parteien. Sogar seine engsten Parteifreunde werden nicht widerprechen können, wenn man feststellt, daß selten ein Minister für diese Aufgabe so ungeeignet war wie Herr von Keudell. Es ist daher nicht verwunderlich, daß das Schwerkgewicht der Führung im Bildungsausschuß von der Reichsregierung fast vollständig auf die preussische Regierung überging, deren klare, sichere und sachkundige Haltung der ruhende Pol der Verhandlungen geworden ist.

Das Zentrum ist vorläufig sehr zurückhaltend gewesen. Das ist sicher angesichts der Lage diplomatisch klug. Es weiß, daß der Entwurf und seine Forderungen weit von der Toleranzlinie der Weimarer Verfassung abführen. Die Anlagen, die wir Sozialdemokraten gegen das Zentrum erhoben haben, waren berechtigt und wirksam, und seine Verteidigung war leidendlahm und innerlich unwahr.

Die Deutschnationalen fühlen sich durch die Verfassung nicht gebunden. Ihre Schulpolitik ist aufgepeitschte reaktionäre „Kummerei“. Daß sie tatächlich tollpatschig und unselbständig vorgehen, liegt an ihrer Geistesverfassung. Nur einmal sind sie lebendig und führend gewesen. Aber auch in diesem Falle war die treibende Kraft nicht politische Klugheit, sondern eine besondere Feindseligkeit gegen die hervorragend fortgeschrittliche Schulentwicklung in Sachsen. Auf ihre Initiative hin ist der § 18a, die Verfassung, entstanden. Unter sozialistischer Führung ist noch vor Inkrafttreten der Reichsverfassung in Sachsen an Stelle der Bekenntnisschule die Gemeinschaftsschule getreten. Das war durchaus keine revolutionäre Entwicklung, denn schon längst war in Sachsen durch eine kulturell hochentwickelte Lehrerschaft die Gemeinschaftsschule tatsächlich und allgemein durchgeführt. Mit juristischen Scheingründen hatte die sächsische Reaktion behauptet, daß die Gemeinschaftsschulgesetzgebung rechtsungültig sei und mit dem Anrufung des Staatsgerichtshofes zwar gedroht, aber diese Anrufung aus „Bescheidenheit“ unterlassen. Durch den § 18a soll nunmehr der Rechtszustand vor dem 1. Oktober 1918 gewaltsam wieder herbeigeführt werden. Dieser § 18a ist schlimmer Terrorismus und schafft einen völlig verfassungswidrigen Zustand. Nicht nur die preussische und sächsische, sondern auch die bayrische und thüringische Regierung haben vor diesem Terrorismus gewarnt. Dieser § 18a schafft eine katastrophale Verwirrung. Das weiß selbst die Reichsregierung, aber sie wagte nicht, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Deutschnationale, Zentrum und Volkspartei beschlossen den ominösen § 18a, die Volkspartei unter dem Druck des sächsischen Abgeordneten Dr. Heinge.

Die Volkspartei hat mit Hilfe der Opposition einen Sieg gegenüber Zentrum und Deutschnationale erkämpft. Der „geordnete Schulbetrieb“ ist in einer Weise festgelegt worden, daß dadurch der größten Zersplitterung vorgebeugt werden kann. Auf der anderen Seite aber hat sie in wesentlichen Punkten gegenüber den

# Frauenwahlrecht in Frankreich?

(Von dem Pariser Mitarbeiter des Volksboten)

Paris, 31. Dezember 1927

Wenn Mitte Januar Kammer und Senat wieder zusammentreten, dann steht vor dem hohen Parlament die Frage des Frauenwahlrechts als einer der ersten Punkte auf der Tagesordnung. Der Ministerpräsident Poincaré hat der Pariser Rechtsanwältin Maria Berone (Vorsitzende der „Französischen Liga für Frauenstimmrecht“) bereits mitgeteilt, daß die französische Regierung beschlossen hat, sich vor dem Senat für das aktive und passive Wahlrecht der französischen Frauen einzusetzen — allerdings einstweilen nur für die Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen.

Schon lobt der Protest. Er kommt vor allem aus der „Demokratischen Linken“ des Senats. Das ist die Senatsgruppe der „Radikalen Partei“, welche im Senat großen Einfluß auszuüben vermag. Die Kammer hat längst ein Gesetz über das allgemeine Frauenwahlrecht angenommen, aber die alten Herren im Senat konnten sich bisher nicht dazu entschließen, den gleichen Weg einzuschlagen. Auf dem Kongress, den die „Radikale Partei“ im Oktober in Paris abhielt, hat die Frauengruppe der Partei erklärt, sie begnüge sich als erste Klasse mit dem Wunsch der Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts für die Stadtverordnetenversammlungen. Aber selbst diese bescheidene Bitte wurde der Frauengruppe abgelehnt, obwohl diese sehr richtig darauf hinwies, daß eine derartige Ablehnung eines wichtigen liberalen Grundgesetzes kein gutes Mittel sei, um linksstehende Frauen gerade der „Radikalen Partei“ nahe zu bringen und daß es schon allerhand Mühe koste, überhaupt noch eine Partei zu verteidigen, die bisher nicht das mindeste für die Frauen getan hat.

Man weiß auch in der „Radikalen Partei“ gern darauf hin, daß in der Erklärung der Menschenrechte nach der französischen Revolution von 1789 das Wort „Bürger“ (alle Bürger sollten vor dem Gesetz gleich sein) nicht bedeute, daß Mann oder Frau nicht die gleichen Rechte in der Staatsverwaltung haben, aber wohl die gleichen Pflichten bei der Steuerzahlung oder bei der Mobilisation zum nächsten Kriege. Besonders auf ihre Mutterpflicht gegenüber den Kriegskriegern weisen die linksstehenden französischen Frauen hin. Eine Propagandistin der „Liga für Frauenaktionen“ verteilte im vorigen Jahr auf der Straße in der Nähe des Pariser Rathauses einen Aufruf gegen das Kaufen von Weisfäden. Eine Mutter, die den Aufruf gleich überlas, knüllte daraus einen Ball und warf ihn der Verteilerin zurück.

wobei sie zu ihrem Sohn sagte: „Dein Vater war im Kriege. Da kannst Du, wenn es sein muß, auch ruhig hingehen.“ Seitdem hat die „Liga für Frauenaktionen“ eine starke Propaganda gegen den Verkauf von Weisfäden in Frankreich organisiert. Noch vor Weihnachten vorigen Jahres schrieb sie an alle großen Geschäfte von Paris und bat dringend um Einstellung des Verkaufs von Kanonen, Munition und so weiter. Ein einziger Warenhausdirektor antwortete, aber nur um zu sagen, die Kasse der Kaufleute bestehe darin, dem Wunsch ihrer Kunden Rechnung zu tragen. Die Liga war durch die Antwort nicht entmutigt. Sie wandte sich nun direkt an die Fabrikanten und eine genaue Ueberwachung der Geschäfte hat ergeben, daß man es nicht nötig hat, wie die amerikanischen Frauen, die betreffenden Geschäfte einfach zu plündern, sondern daß die Kaufleute bald ihr Lager schnell abzugeben suchten und nur noch sehr geringe Nachlieferungen vorkamen.

Nicht nur wegen des größeren Friedenswillens der Frauen sondern auch deshalb, weil diese ein erster Faktor bei der Neuordnung der sozialen Verhältnisse sein können, tritt die französische sozialistische Partei fast einmütig für das Frauenwahlrecht ein, und zwar für das vollständige, das sich nicht auf die Stadtverordnetenversammlungen angestellt beschränkt. Einige vorsichtige Stimmen weisen warnend darauf hin, daß die in Frankreich noch sehr unter dem Einfluß der katholischen Priester stehenden Frauen viel eher für die Reaktion als für den Fortschritt eintreten werden, weshalb übrigens auch die Rechtsparteien sehr eifrige Verfechter des Frauenstimmrechts in Frankreich geworden sind. Aber selbst auf diese Gefahr hin haben die französischen Sozialisten den Mut und Léon Blum betonte das erst eben wieder in einem Leitartikel des „Populaire“ —, das Prinzip des Frauenwahlrechts baldigt in die Praxis ganz umgesetzt sehen zu wollen. „Das ist eine Revolution! Da überläßt man das Schicksal der französischen Republik einem Würfel“, schreibt wirklich der radikale „Homme libre“, und doch haben die skandinavischen Länder, hat Australien und Neuseeland diese Reform schon als erste nach der Mitte des vorigen Jahrhunderts durchgeführt, ohne daß man von einem Umsturz der sozialen Verhältnisse bisher dort etwas gehört hätte. Aber die 350 000 Frauen, die in den verschiedenen französischen Frauenstimmrechtsorganisationen tätig sind, werden noch manche harte Arbeit haben, bis sie sich am Ziel ihrer Bestrebungen sehen.

Kurt Lenx

Koalitionsbrüdern nachgegeben. Die verfassungsmäßige Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschule ist von ihr preisgegeben worden. Die Bekennerschule hat mit ihrer Zustimmung einen völlig kirchlichen Charakter bekommen. Es ist sogar auf Verantwortung der Volkspartei noch eine Reichsleiterung in bezug auf die technischen Lehrkräfte gegenüber dem Regierungsentwurf angenommen worden. Der Versuch, die Gemeinschaftsschule zu einer christlichen Schule zu machen, ist vorläufig an dem Widerstand der Deutschnationalen gescheitert, die in der christlichen Gemeinschaftsschule eine jährliche Konkurrenz gegen die evangelische Bekennerschule sehen.

Nur mit Mühe, in Folge der scharfen Opposition der Sozialdemokraten, ist es gelungen, die weltliche Schule davor zu bewahren, daß sie zu einer Disziplinenschule gestempelt wurde. Aber die Beschränkung ihres Charakters und ihrer Entwicklung, wie sie der Reichsleiter Entwurf vorsah, ist geblieben. Die Hauptschwierigkeiten des Entwurfs sind jedoch noch unerledigt. Vorläufig weigert sich die Volkspartei wegen ihrer „liberalen Tradition“ und ihrer „grundsätzlichen Auffassung“, irgendeine indirekte geistliche Schulaufsicht anzuerkennen. Vor allem lehnt sie den „Beauftragten der Religionsgesellschaften“ ab. Das hat sie allerdings nicht gehindert, die Konfessionsalisierung der Schulaufsichtsbezirke zuzugestehen. Aber der Beauftragte der Religionsgesellschaften findet in der Wählererschaft durch die Volkspartei außerordentlich harten Widerstand und wird vorläufig von ihr so hartnäckig bekämpft, wie er vom Zentrum gefordert wird. Es scheint auch, als ob die zahlreichen Verhandlungen der Regierungsparteien über diesen Punkt bislang ergebnislos verlaufen sind.

Eine weitere wesentliche Schwierigkeit liegt bei den Simultanländern. Die Volkspartei wird durch ihre Wählererschaft in diesen Ländern gezwungen, den Artikel 174 der Verfassung nicht nur als Schonfrist, sondern als Schutzfrist zu betrachten und dem Zentrum die Zulassung der Bekennerschule in den Simultanländern abzuwehren. Wie stark gerade die Volkspartei an dieser Ablehnung interessiert ist, zeigt die Stellungnahme der volksparteilichen Minister, die sich in diesem Punkte bei der Beratung im Kabinett ihre Stellung vorbehalten haben und diesen Vorbehalt ostentativ bekannt gegeben haben. Es scheint jedoch, als ob dieser Streitpunkt sich dadurch lösen wird, daß man die Regelung in den Simultanländern der Landesgesetzgebung überläßt.

Ein außerordentlich schwieriges Problem ist die Kostenfrage. Diese Frage ist von der Reichsregierung geistlich gemieden worden. Am so stärker haben die Länder und der Städtetag auf die unerträgliche Belastung hingewiesen, auf die Hunderte von Millionen an Kosten, die durch dieses Gesetz entstehen werden. Die wirtschaftlichen Kreise der Deutschen Volkspartei haben in den letzten Wochen ziemlich energisch in der Öffentlichkeit diese Mehrbelastung als unerträglich bezeichnet. Diese Kreise üben einen starken Einfluß auf die Volkspartei aus. Angesichts solcher Schwierigkeiten ist die Stellung der Volkspartei noch unentschieden. In ihrer Presse wird der Gedanke, daß dieser Gesetzentwurf zum Scheitern käme, auffällig stark betont.

Die Führung der Opposition liegt bei der sozialdemokratischen Fraktion. Die Kommunisten reden zwar recht viel, in der Hauptsache besteht jedoch ihre Tätigkeit in der „Entlarvung“ der Sozialdemokratie. Das ist zwar keine neue Taktik, aber sie wird bei der Wiederholung nicht geschmackvoller und lähmt die Wirkung der Opposition. Zimmer sind die Kommunisten opportunistisch genug, um, nachdem ihre unsinnigen Anträge abgelehnt sind, die sozialdemokratischen Anträge zu unterstützen.

Die demokratische Opposition bewegt sich im wesentlichen auf der gleichen Linie wie die sozialdemokratische. Man hat in bürgerlichen Kreisen unserer Opposition nachgesagt, daß sie sachlich und zähe sei. Wir Sozialdemokraten wünschen, daß endlich ein Reichsschulgesetz zustande kommt. Aber wir wünschen es nur in Uebereinstimmung mit der Reichsverfassung. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß wir noch starke Reserven in unserer Opposition haben, und manche Erfahrungen im Bildungsausschuß sollten die bürgerlichen Parteien davon überzeugt haben, daß wir entschlossen sind, unsere Opposition zur größten Schärfe zu steigern, wenn die Regierungsparteien ihre längst nicht mehr berechnete Mehrheit mißbrauchen wollen. Wir haben außer in unserer parlamentarischen Stellung noch in der gesamten kulturellen Öffentlichkeit Deutschlands starke Reserven. Die letzten Wahlen haben deutlich gezeigt, wie stark der Bürgerblock abgewirkt hat.

In dem Kampfe um ein freies und soziales einheitsvolles und weltliches Volksschulwesen wird die Sozialdemokratische Partei die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes unter ihrer Führung vereinen.

## Ein Minister, der die Gesetze nicht kennt

Dr. h. c. Koch

Der deutschnationale Reichsverkehrminister Dr. h. c. Koch hat am 21. Dezember 1927 eine Verordnung zur Abänderung der Betriebsratsverordnung im Bereich der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erlassen, die in verschiedenen Punkten ungesetzlich ist. So will er z. B. unter Berufung auf § 61 des Betriebsratsgesetzes die Wahlzeit der Betriebsvertretungen bei der Reichsbahn vom 15. Mai auf den 15. Februar verlegen und damit die Amtsperiode der auf ein Jahr gewählten Betriebsvertretungen um drei Monate verkürzen.

Das Vorgehen des Reichsverkehrministers ist auf Anträge der Christlichen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und des Hirsch-Dunderbergs Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes zurückzuführen. Die Vertreter des Einheitsverbandes haben bereits bei den Verhandlungen über diese Anträge auf ihre Ungesetzlichkeit hingewiesen. Die Betriebsräte der Reichsbahn sind auf ein Jahr gewählt; ihre Wahlzeit läuft — trotz der Verordnung des Reichsverkehrministers — erst am 14. Mai 1928 ab. Der Einheitsverband der Eisenbahner dürfte dem Reichsverkehrminister deshalb Gelegenheit geben, seine in mehreren Punkten ungesetzliche Verordnung vor den Arbeitsgerichten zu verteidigen.

Der deutschnationale Reichsverkehrminister war früher Korrespondent der Christlichen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner. Während des Ruhrkampfes hatte Herr Koch genug Gelegenheit gehabt, den gesetzlichen Weg zur Verringerung der Wahlperiode der Betriebsvertretungen kennen zu lernen. Aber damals mußte er Bettebriefe zugunsten der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner an Arbeitsgeberverbände schreiben. Mindestens hätte sich Herr Koch bei seinem Ministerkollegen Dr. Brauns erkundigen können. Er hätte dort erfahren, daß der Reichstag, dem er selbst seit Jahren angehört, ein sogenanntes

## Eine sensationelle Spionageaffäre

### 138 Millionen Yen für Verrat Rußlands an Japan?

Wie englische Blätter melden, steht in London in nächster Zeit ein sensationeller Prozeß bevor. Drei russische Offiziere haben die japanische Regierung auf Zahlung von 138 Millionen Yen (rund 250 Millionen Mark) verklagt. Der Klage liegt angeblich ein Vertrag zugrunde, den der japanische Ministerpräsident Yamagata während des russisch-japanischen Krieges mit den Offizieren geschlossen haben soll. Die Offiziere hätten sich verpflichtet, sämtliche militärischen Geheimnisse Rußlands an die japanische Regierung auszuliefern. Die prompte Erfüllung dieser Verpflichtung soll Japan zum Sieg über Rußland verholfen haben.

Wie verlautet, befindet sich dieser eigenartige Vertrag bei einer englischen Bank im Depot. Sein Inhalt ist bis heute noch nicht veröffentlicht.

Bemerkenswert ist, daß der bekannte Sowjethistoriker und Kommunist Pokrowski im dritten Bande seiner im Jahre 1926 erschienenen russischen Geschichte dieser Angelegenheit zwei ganze Seiten widmet. Es heißt da wörtlich:

„Am 29. August wurde von Writte der Friedensvertrag (in Portsmouth) unterschrieben... Zehn Jahre später tauchte im Auslande ein bis zum äußersten eigenartiges Dokument auf, so etwas wie ein Wechsel: die Verpflichtung der japanischen Regierung, dem Inhaber dieses Wechsels (der Name war nicht genannt) 120 Millionen Yen (etwa 100 Millionen Goldrubel) als Entgelt für alle militärischen Geheimnisse der russischen Regierung, zu deren Herbeischaffung sich der Betreffende verpflicht-

ete, auszuführen. Dieses eigentümliche Schriftstück war mit einer noch eigentümlicheren Klausel versehen, die dahin ging, daß Japan verpflichtet sei, die genannte Summe nur dann auszuführen, falls es während der im Schriftstück angegebenen Frist nicht in einen neuen Krieg mit Rußland verwickelt werden würde.

Da aber Japan während der bezeichneten Frist nicht nur nicht mit Rußland einen Krieg geführt hat, sondern gemeinsam mit Rußland, England und Frankreich gegen Deutschland Krieg geführt hat, so hat der „Inhaber“ selbstverständlich seinen Pfennig erhalten, das Schriftstück wurde als Fälschung erklärt, obgleich die japanischen Diplomaten nicht leugneten, daß die Unterschrift des Marshalls Yamagata, des damaligen — im Jahre 1905 — japanischen Premierministers, echt sei. Wie auf einem gefälschten Dokument eine echte Unterschrift stehen kann, darüber wollen wir nicht rechten.“

Im weiteren Verlauf seiner Darstellung stellt Pokrowski verschiedene Vermutungen auf, wer der Inhaber des Wechsels sein könnte. Er kommt zu dem Schluß, daß alle militärischen Geheimnisse Rußlands allein einer hochgestellten Persönlichkeit bekannt sein konnten und glaubt daraus schließen zu müssen, daß der Inhaber des Wechsels nur ein Großfürst sein konnte.

Was an dieser so ungeheuerlich anmutenden Geschichte wahr ist, wird sich wohl in der nächsten Zeit ergeben, sofern es tatsächlich zu einem Prozeß kommen sollte. Einer der klagenden russischen Spione soll als ein Graf Linski bezeichnet sein.

Notgesetz beschlossen hat, auf Grund dessen der Arbeitsminister eine besondere Verordnung erließ, durch die die Amtsbauer der Betriebsvertretungen des besetzten Gebietes vorübergehend verlängert wurde. Auf Grund dieser Verordnung unterließ seinerzeit auch die Neuwahl des Hauptbetriebsrates bei der Reichsbahn.

Es wird allmählich höchste Zeit, daß Herr Dr. Koch, dieser merkwürdige Arbeitervertreter auf dem Ministerstuhl, aus Amt und Würden verschwindet. Gelegenheit dazu haben die Eisenbahner bei den kommenden Reichstagswahlen.

## Lehrreiche Zahlen

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes haben die deutschen Aktiengesellschaften bis zum Oktober 1927 aus dem Jahresgeschäft von 1926 rund 1/4 Milliarden Goldmark Dividende ausgeschüttet. Wie hoch mag der Gewinn in dem fetten Jahre der Hochkonjunktur 1927 gewesen sein?

Die Löhnerverdienste des gelernten Arbeiters sind in der Zeit vom Februar bis zum November 1927 von 46,18 RM. auf 49,21 RM. gestiegen. Diese Steigerung war vorher bereits aufgehoben durch die inzwischen erfolgte Mieterhöhung.

In den sechs Monaten Juni bis November führte Deutschland für rund zwei Milliarden Mark mehr Waren ein als aus. Der Selbstverbrauch war in den ersten 9 Monaten bereits weit über den Jahresanschlag des Reichsfinanzministers gestiegen.

Wem geht es also gut in Deutschland?

## Rohlenz unter Zwangsverwaltung

### Konflikt zwischen Regierung und Stadtparlament

Die Mehrheit der Rohlener Stadtverordnetenversammlung, die schon verschiedentlich städtische Objekte verkauft, um das Haushaltsdefizit zu decken, hat in ihrer letzten Sitzung die vom Ministerium geforderte Erhöhung der Real-

steuern abgelehnt. Darauf nahm der Regierungspräsident, um den städtischen Haushalt auszugleichen, eine zwangswise Erhöhung der Steuern vor und zwar wurden die Zuschläge zur Gewerbesteuer von 525 auf 650 Prozent und die Grund- und Gebäudesteuern von 275 auf 300 Prozent mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1927 erhöht. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung will aus diesem Eingriff der Aufsichtsbehörde die Konsequenzen ziehen, sodas eine Auflösung der Stadtverordnetenversammlung zu erwarten ist.

## Bürgerblocktrach in Danzig

### Eine deutschnationale Geste

Danzig, 31. Dezember. (Eig. Bericht.)

Die von der Deutschnationalen Volkspartei und den Beamtenvertretern im Danziger Senat gestellten 8 parlamentarischen Senatoren haben infolge Meinungsverschiedenheiten über personelle Angelegenheiten ihren Rücktritt erklärt. Der Rücktritt ist nichts anderes als eine nicht sagende Geste; denn im Januar ist der Rücktritt des gesamten Senats infolge des Ausfalls der Danziger Wahlen sowieso fällig. Abgesehen davon ist der gegenwärtige Senat trotz des Austritts der deutschnationalen Senatoren beschlußfähig.

## Frankreich wählt im April

Paris, 31. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Kammerpräsident Bouisson hat in den Wandelgängen des Palais Bourbon angekündigt, daß die von Poincaré zugedachte große Diskussion über die allgemeine Politik der Regierung etwa am 20. Januar beginnen könnte. Die Frühjahrstagung der Kammer werde voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein und etwa am 15. März abgeschlossen werden können. Die Neuwahlen könnten also etwa Mitte April stattfinden. In der jetzigen Tagung der Kammer seien nur drei größere Gesetzesvorlagen zu erledigen: die Novelle zum Sozialversicherungsgezet, das neue Siedlungsgezet und der letzte Teil der Heeresreform, das Gezet über die Rekrutierung der Armee.



DAS JAHR

# 1928

## eröffnen wir mit einem ganz **unglaublich billigen** **Damenkonfektionsverkauf**

Riesennengen hochwertiger Mäntel und Kleider, in Serien eingeteilt, gelangen zum Verkauf.

### 10 Serien Mäntel

**Serie I** enthält Mäntel aus gutem Winterflausch, Biesenerziehung, in vielen Farben

**7<sup>50</sup>**

**Serie III** enthält Mäntel aus Velour de laine, mit groß. gezogenem Seidenplüschkragen

**14<sup>75</sup>**

**Serie V** enthält Mäntel aus reinwoll. Ottomane, Bibrette- oder Seal - Elektrik - Kragen

**27<sup>50</sup>**

**Serie VII** enthält Mäntel aus reinwoll. Ottomane, 3 x Pelzbesatz und ganz auf K'seide

**39<sup>50</sup>**

**Serie IX** enthält Mäntel aus pa. Ottomane, z.T. ganz auf r. Seide, hochwert. Pelzbesatz

**58<sup>00</sup>**

**Serie II** enthält Mäntel aus engl. Stoffen und reinwollen. Winterflausch, mod. Farben

**10<sup>50</sup>**

**Serie IV** enthält Mäntel aus Velour d.laine, Krag. Mansch. und Ansatz mit Pelzplüsch

**19<sup>50</sup>**

**Serie VI** enthält Mäntel aus reinwoll. Ottomane, reich mit Pelz besetzt,  $\frac{3}{4}$  auf Damasee

**32<sup>75</sup>**

**Serie VIII** enthält Mäntel aus reinwoll. Ottomane, elegante Pelzbesätze, ganz auf Seide

**45<sup>00</sup>**

**Serie X** enthält Mäntel aus pa. Ottomane und anderen modern. Stoffen, Modellgenre

**65<sup>00</sup>**

### 10 Serien Kleider

**Serie I** enthält Kleider aus guten warmen Stoffen in praktischen-Farben, Karo od. Streifen

**5<sup>50</sup>**

**Serie III** enthält Kleider aus reinwoll. Ripspopeline, Jumperform, mit feschem beliebt. Faltenrock

**9<sup>75</sup>**

**Serie V** enthält Tanzkleider aus prima Crepe de Chine, graziöse Formen u. unerreichte Auswahl

**14<sup>50</sup>**

**Serie VII** enthält Kleider aus pa. Wollribs, Jumper mit neuem Metallstoff, besond. schön in marine

**22<sup>50</sup>**

**Serie IX** enthält Nachmittagskleider aus mod. Seidenstoffen, wie Veloutine u. Crepe de Chine

**32<sup>00</sup>**

**Serie II** enthält Kleider aus reinwoll. Ripspopeline, viele Farben, flotte Formen, Seidengarnitur

**7<sup>50</sup>**

**Serie IV** enthält Kleider aus reinwollenem Rips in modernen Farben, neue Kragenstellung

**11<sup>50</sup>**

**Serie VI** enthält Kleider aus pa. Wollribs, mod. Metallstickerei, in Formen u. Farben das neueste

**19<sup>75</sup>**

**Serie VIII** enth. Kleider aus reinseid. Crepe de Chine u. seidenem Marocaine, fesche Form. u. Farb.

**27<sup>00</sup>**

**Serie X** enthält Gesellschaftskleider mit elegant. Metallspitze und anderer elegant. Ausführung

**39<sup>00</sup>**

# KARSTADT

AG



# Neues aus aller Welt

## Die erfinderische Kontoristin

Der Charlottenburger Raubüberfall hat sich als fingiert herausgestellt

Die 24jährige Kontoristin Helene Hohmann hatte angegeben, daß sie am Freitagabend in den Räumen der Mercedes-Schreibmaschinenwerke, wo sie beschäftigt war, von einem unbekanntem Täter hinterlistig niedergeschlagen und beraubt worden sei. Bevor die ersten Ermittlungen der Kriminalpolizei liefen jedoch die Vermutung aufkommen, daß diese Darstellung erfunden sei. Durch den in den Räumen der Firma entstandenen Brand war auffallenderweise der ganze Klassenraum mit allen Belegen vollständig ausgebrannt. Bei einer eingehenden Vernehmung der Kontoristin am Tatort sagte ein Kriminalkommissar ihr auf den Kopf zu, daß ihre ganze Darstellung fingiert sei. Unter der Wahl des Beweismaterials gab Helene Hohmann schließlich zu, den Raub vorgetäuscht und das Feuer selbst angelegt zu haben. Sie will aus der Bureaulasse, die sie zu verlassen hatte, einmal heimlich einen Betrag von über 1000 Mark entnommen haben, den sie dann einer inzwischen verstorbenen Freundin gegen Quasibürgerschaftsbescheinigung weitergegeben habe. Durch den Tod der Freundin habe sie das Geld nicht mehr zurückerlangen können. Um eine Aufhebung ihrer Verhaftungen vor dem kommenden Jahresabschluss zu verhindern, hat die Hohmann dann den Raubüberfall vorgetäuscht. Bevor sie den Brand anlegte, hatte sie sämtliche Telefonkäbire im Bureau durchschnitten.

## Noch ein zweifelhafter Raubüberfall in Berlin

In der elterlichen Wohnung im Hause Christians-Strasse 110 wurde Neujahrsabend der 25 Jahre alte Kaufmann Leo Schubert heftig mit einer leichten Kopfverletzung am Boden liegend gefesselt aufgefunden. Hausbewohner waren durch Lärm aufmerksam gemacht und hatten die im Hause befindliche Polizeiwache verständigt. Schubert gab an, daß er von einem Weiler, den er in die Wohnung eingelassen und bewirtet habe, hinterlistig überfallen und mit einer Wummenwaie niedergeschlagen worden sei. Schubert, der Sohn eines Rechtsanwalts, erzählte, daß er vor einigen Tagen auf der Straße von einem jungen Mann angesprochen und um Unterschlupf gebeten worden sei. Der Unbekannte habe einen so mildebetenden Eindruck auf ihn gemacht, daß er ihm versprach, ihm, wenn seine Eltern verreist seien, etwas zukommen zu lassen. Gestern nachmittag sei der Mann, als die Eltern das Haus verlassen hatten, bei dem jungen Schubert erschienen und habe Essen bekommen. Dabei habe der Unbekannte den Aufschlag auf ihn verübt. Die Beamten sind jetzt bemüht, festzustellen, ob überhaupt in der Wohnung etwas geraubt worden ist. Im Laufe der Nacht wurde Schubert einem strengen Verhör unterzogen.

## Räuber und Autler

Einen tragischen Ausgang nahm ein Überfall,

der in der Nacht zum Sonnabend auf einen Industriellen, der mit seiner Frau und seinem Kinde im Auto von Paris nach Hause fuhr, auf der Landstraße zwischen Paris und Meaux verübt wurde. Eine auf der Landstraße errichtete Barrikade versperrte dem Auto den Weg, und ein maskierter Räuber stürzte sich mit erhobenem Revolver auf den Industriellen. Dieser warf seine Brieftasche dem Angreifer vor die Füße, und als der Räuber sich danach bückte, gab der Überfallene einen Revolvererschuß auf ihn ab, der aber sein Ziel verfehlte. Mit größter Kaltblütigkeit kletterte darauf der Räuber den Industriellen mit einer Kugel nieder und verschwand in der Dunkelheit. Es gelang der Frau des Toten, das Automobil bis zum nächsten Dorf zu lenken. Dort brach sie ohnmächtig zusammen.

Eine achtköpfige Familie vergiftet. Während der Weihnachtsfeier trank in Teichheim (Unterfranken) nach dem Genuß einer sogenannten Götterspeise eine achtköpfige Familie. Während zwei Söhne und eine Tochter bereits gestorben sind, ringen die übrigen fünf Erkrankten immer noch mit dem Tode.

## Amerikanische Flugzeugpolizei

die mit Gewehren auf Alkoholschmuggler und Verbrecher jagt, hat zunächst die Stadt Anderson in Illinois geschaffen und damit

## Schweres Flugzeugunglück

Alle fünf Insassen tot

Sonnabend hat sich unweit des Flugplatzes Marnane bei Marseille ein schweres Flugzeugunglück ereignet. Beim Probeflug mit einem neuen Motor eines zweimotorigen Wasserflugzeuges stürzte der Apparat aus bisher noch unbekanntem Grund plötzlich aus 400 Meter Höhe ab und schlug auf die Böschung der Eisenbahnlinie Paris-Marseille auf. Sämtliche fünf Insassen, nämlich zwei Flugzeugführer, ein Radiotelegraphist und zwei Monteur wurden auf der Stelle getötet. Das Flugzeug war für den Verkehr zwischen Frankreich und Marokko bestimmt.

## Zwei dänische Dampfer in Geenot

Der aus Aarhus kommende Dampfer København ist an der schwedischen Küste in dichtem Nebel auf Grund gelaufen. Der Dampfer konnte ohne fremde Hilfe flott gemacht werden und seine Reise nach Kopenhagen fortsetzen. Sonnabend ist der dänische Dampfer M. Melchior mit 30 Passagieren an Nord nördlich von Helsingör gestrandet. Das Fahrzeug hat durch Funkpruch um Hilfe gebeten.

Die Silvesterfeier in Berlin ist ohne ernstere Ruhestörungen verlaufen. Der Polizeipräsident hatte alle polizeilichen Beschränkungen auf die Silvesterfeier aufgehoben und den Beamten äußerste Zurückhaltung empfohlen. An Exzessen sind im Vergleich zu den Vorjahren in der diesjährigen Silvesterfeier auffallend wenig zu verzeichnen. Durch scharfe Schüsse verlegt wurden nur zwei Personen. Sie konnten nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen entlassen werden. Die jugendlichen Täter sind festgesetzt. Ein Opfer von Streiksitten auf der Straße wurden in Pantow zwei Arbeiter, die morgens gegen 7 Uhr mit Messerfliegen in der Brust aufgefunden wurden. Beide mußten in das Krankenhaus überführt werden. In der Schönhauser Allee machten sich Eindringler den Silvestertrubel zunutze, um aus einem Stumpfwarengeschäft Waren im Werte von 10000 Mark fortzuschleppen.

Selbstmorde. Im Meiningener Gerichtsgefängnis erhängt sich der Messerschmied Roth aus Schmenna in Thüringen. Der Selbstmörder hatte seine Mutter im Streit ermordet und dann die Leiche aufgehängt, um einen Selbstmord vorzutäuschen; er war zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. — In Breslau verübte die 24jährige verheiratete Arbeiterin Kühnel zusammen mit ihren drei Kindern im Alter von 4 bis 4 Jahren einen Selbstmordversuch, indem sie den Gashahn öffnete. Die Mutter und zwei ihrer Kinder wurden von Hausbewohnern bewußtlos aufgefunden und ins Krankenhaus geschafft, wo sie schwer daneben liegen. Das zweijährige Kind konnte nicht mehr gerettet werden. Eheliche Zwistigkeiten sollen den Anlaß zu der Tat gegeben haben.

Flüchtende Fremdenlegionäre. Sieben Angehörige der französischen Fremdenlegion, die sich bei einem Transport nach Cochinchina befanden, versuchten zu flüchten, indem sie von dem Transportdampfer „Amboise“ ins Wasser sprangen. Einer der Legionäre erkrankte dabei. Die 6 anderen, die angaben, daß sie deutsche Staatsangehörige seien, wurden der ägyptischen Polizei übergeben. Man muß damit rechnen, daß sie dem französischen Konsul ausgeliefert werden.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich auf der Konstantin-Grube in Oberschlesien. Eine Schramm-Maschine kam aus bisher noch nicht geklärter Ursache auf der Seilschleife ins Rutschen und riß mehrere Bergarbeiter mit sich. Ein Häuer und ein Förderer wurden sofort getötet; ein dritter Bergarbeiter liegt mit so schweren Verletzungen daneben, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

ergänzt. Für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer, besonders aber für Gewerbe-Aufsichtsbeamte und Gewerbeärzte wird der Vortag von besonderem Interesse sein.

Der Vereinte Alte und Neue Grundeigentümerverein hat zum erstenmal ein handliches Jahrbuch für den Lübecker Grundeigentümer 1928 herausgegeben, das für Mitglieder zu 1 RM., für Nichtmitglieder zu 1,50 RM. abgegeben wird. Das Jahrbuch enthält eine große Zahl kurzgefaßte Artikel über Haus- und Wohnungswesen, Steuer- und Rechtsfragen, ein praktisches Kalendarium sowie Monatsblätter für die Aufnahme der Ein- und Ausgaben usw. Ein Separatband verweist auf die Jahlungstermine. Im Interesse einer geordneten Hausverwaltung wird das Buch manchem gute Dienste leisten.

Stadttheater. Der Januarspielplan des Stadttheaters und der Kammertheater weist im Schauspiel die Aufführung „Der Heger“, „Der Patriot“, „X.Y.Z.“ sowie eine vollständige Neuinszenierung von Shakespeares „Ein Sommernachtstraum“ mit der Musik von Mendelssohn auf; in der Oper Neuinszenierungen „Ein Maskenball“, „Erika“ und „Johde“ und die Aufführung (für Norddeutschland) „Die goldne Meisterin“ von Eisler.

## Der Viehstand in Lübeck

(Vom Stollwischen Landesamt)

Die am 1. Dezember 1927 vorgenommene allgemeine Viehzählung ergab für das gesamte Lübeckische Staatsgebiet in 7788 (1926: 7673) Haushaltungen — ohne Schlachthof, Quarantäneanstalt und Nutviehhalle — folgendes Ergebnis:

Viergattungen	1927	1926	1913
Pferde	3 505	3 605	4 225
Rindvieh	9 113	8 603	9 530
Schweine	16 108	13 317	14 804
Schafe	540	505	1 510
Ziegen	1 611	1 916	1 796
Gänse	1 917	1 981	1 453
Enten	2 703	2 298	1 306
Hühner	86 689	84 552	69 197
Bienenstöcke	1 504	1 491	1 810

Die Pferde werden in der Stadt immer mehr durch die Kraftfahrzeuge verdrängt. Gegenüber dem Vorjahre haben sie sich um 100 Stück vermindert und hinter der letzten Friedenszählung bleiben sie gar um rund 700 Stück zurück. Insbesondere weisen die jüngeren Altersklassen einen recht erheblichen Rückgang auf; die bis zu 3 Jahren alten Pferde sind nämlich von 497 im Vorjahre auf 357 bei der letzten Zählung gleich 140 oder 28 Prozent zurückgegangen, was auf einen Rückgang der Pferdezahl hindeutet.

Der Rindviehbestand hat sich dagegen von 8603 im Jahre 1926 auf 9113 am 1. Dezember 1927, demnach um 510 oder 6 Proz. gehoben. Die Friedensziffern sind allerdings noch nicht ganz erreicht. Bemerkenswert ist die Zunahme des Jungviehs von 2 877 auf 3 353 Stück; d. i. eine Zunahme von 16,5 Prozent. Auch die Zahl der Milchkuhe hat sich um 140 gehoben.

Eine größere Zunahme ist bei den Schweinen festzustellen. Während im Vorjahre nur 13 317 gezählt wurden, sind bei der letzten Zählung 16 108 (die höchste bis jetzt für Lübeck gezählte Zahl) ermittelt, d. i. ein Mehr von 2791 Stück — 21 Prozent. Damit ist der Friedensstand von 1913 um 1214 Tiere überholt. Nach Alters- und Geschlechtsklassen verteilt sich der Schweinebestand in folgender Weise:

	1927	1926
Ferkel unter 8 Wochen alt	4 043	3 360
8 Wochen bis ½ Jahr alte Schweine	5 388	4 205
½ bis 1 Jahr alte Schweine	6 682	5 740
darunter Zuchteber	97	79
Zuchtsauen	1 315	1 148

Die Schafe weisen gegenüber 1926 einen kleinen Aufschwung auf. Es wurden nämlich 540 gegen 505 im Vorjahre gezählt. D. i. aber nur gut ein Drittel der in der Vorkriegszeit ermittelten Zahl. In den meisten Landgemeinden werden überhaupt keine Schafe mehr gehalten.

Der schon in den letzten Jahren beobachtete Rückgang der Ziegenhaltung hat auch im letzten Jahre angehalten. Während im Vorjahre noch 1916 Ziegen ermittelt wurden, hat sich bei der letzten Zählung nur noch ein Bestand von 1611 ergeben. Es ist somit ein Rückgang von 305 Tieren — 15,2 Proz. zu verzeichnen. Die Ziege wird nicht nur im engeren Stadtgebiet, sondern auch auf dem Lande, wenn auch hier in verringertem Maße, mehr und mehr wieder abgeschafft, wie die nachstehende Uebersicht zeigt:

	1927	1926	1925	1924
Stadt und Vorstädte	471	629	720	906
Eingemeindungsgebiet	462	556	715	929
Landgebiet	678	731	858	956

Beim Geflügel war mit Ausnahme der Gänse eine weitere Zunahme festzustellen. Es wurden nämlich 405 Enten und 3137 Hühner mehr als 1926 gezählt; die Zahl der Gänse hat sich dagegen um 64 verringert.

Die in mehrjährigen Zwischenräumen vorzunehmende Zählung der Bienenstöcke ergab 1305 Bienenvölker mit beweglichen und 199 mit unbeweglichen Waben, insgesamt also 1504 gegen 1491 (984 + 507) bei der letzten Feststellung im Jahre 1925.

Den größten Rindviehbestand hatten die Landgemeinden Dillau (405), Gr.-Schretstaken (384), Kurau (375), Kusse (351), Rißerau (310) und der Stadtteil Schönböden (333). Die meisten Schweine gab es in Kusse (1007), Rißerau (852) und Gr.-Schretstaken (789).

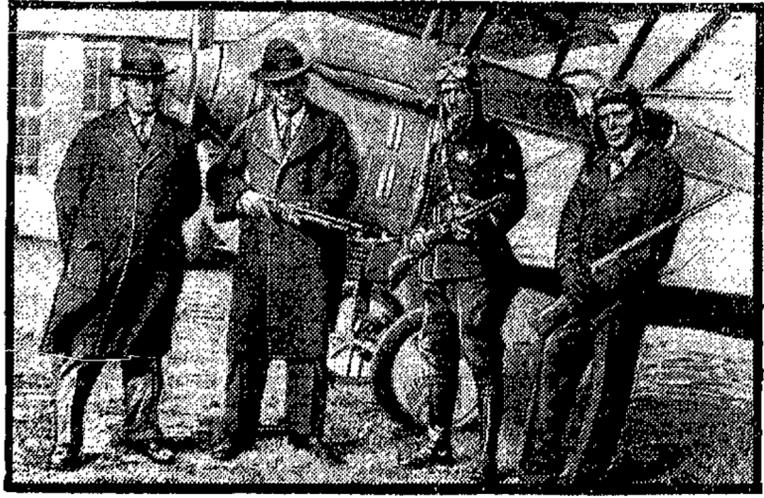
## Zeitschriften der Woche

„Wohnungswirtschaft“, Organ der Dewog und der Dewog-Revisionsvereinigung. Die neue Nummer der bekannten Zeitschrift „Wohnungswirtschaft“, die zum Verbandstage des Revisionsverbandes gemeinnütziger Baugenossenschaften, Dewog-Revisionsvereinigung in Hamburg als Doppelnnummer erscheint, bringt wieder eine Reihe wichtiger Veröffentlichungen über den genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Der Verbandsvorsitzende Architekt R. Linneke gibt einen Ueberblick über die Arbeit des Revisionsverbandes. Geschäftsführer W. Heilmann-Hamburg berichtet über eine der ältesten deutschen Genossenschaften, die Allgemeine Schiffszimmerer-Genossenschaft in Hamburg, die zu den bedeutendsten Baugenossenschaften in Deutschland gehört. Die für Bauvereinigungen sehr wichtige Frage der Hausverwaltung behandelt Geschäftsführer W. Schulz-Altona in einem Artikel „Wohnungswirtschaft der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft „Selbsthilfe m. b. H., Altona“. Ueber „Zweifelhaftes Siedlungsunternehmen“ schreibt wiederum Dr. E. Bodien. In der Spalte „Aus den Verbandsbezirken“ erscheinen die Geschäftsberichte einer Reihe von „Wohnungswirtschaften und -gesellschaften“. Eine große Reihe von Einzelnachrichten gibt eine Uebersicht über den heutigen Stand des Baumarktes, der Baufinanzierung und der anderen damit zusammenhängenden Gebiete. Die „Wohnungswirtschaft“, die

14tägig erscheint, kann entweder durch die Post oder direkt vom Verlag, Berlin S. 14, Inselstr. 6 zum Preise von 0,50 RM. pro Monat bezogen werden.

Die Gemeinde, Halbmonatschrift für Stadt und Land, erfährt mit dem neuen Jahrgang eine wesentliche Bereicherung. Das erste Januar-Heft 1928 zeigt, daß der Teil für Land- und Kleingemeinden wesentlich erweitert wurde. Hier finden sich außer sehr wichtigen Mitteilungen in der Landgemeinde-Rundschau einige beachtenswerte Aufsätze. Syndikus Berthold schreibt über die Umwandlung von Agrargemeinden in Industriegemeinden und Amtsvorsteher Kleinert berichtet über die Nachwahlen von Gemeindeführern. Im ersten Teil ist eine sehr instruktive Arbeit von Rämmerer Widze über die Haushaltspläne 1928 abgedruckt. Ueber Steuern und Tarife in den Gemeinden schreibt Stadtverordneter Hahn, während Stadtverordneter Fleißner über die Einrichtung eines zentralen Milchhofes berichtet. Die überaus reichhaltige Kommunale Umfassung ist diesmal eine wahre Fundgrube von Beispielen, Mitteilungen und Anregungen aus Stadt und Land und als Nützliches für jeden Kommunalpolitiker unentbehrlich. Es empfiehlt sich eine sofortige Bestellung zu Beginn des neuen Jahres, die jede Postanstalt oder Buchhandlung zum Preise von 90 Pfg. pro Monat entgegennimmt.

einer Reihe amerikanischer Grenz- und Hafenstädte ein Vorbild gegeben. Das kann eine niedliche Knallerei in der Luft werden.



## Vorwärts sei die Lösung auch in Lübeck!

Von unserem Schulwesen

Wenn ein altes Jahr zu Ende geht, ziemt es sich, auch einen Blick rückwärts zu werfen. Man muß erkennen, was erreicht wurde, überlegen, ob und wo Fehler gemacht worden sind und, wenn das der Fall ist, die Kraft aufbringen, diese Entgleisungen wieder gutzumachen und sie in Zukunft vermeiden.

In der Schulgesetzgebung ist nicht viel Gutes zu melden. Der Berufsschulgesetzentwurf, an dem der Ausschuss für Unterricht und Erziehung ein halbes Jahr lang gearbeitet hatte, in dem wir gegen die Vertreter des hanseatischen Volksbundes eine große Anzahl von Verbesserungen hineingebracht haben, wurde, trotzdem der Vertreter der kommunistischen Fraktion im Ausschuss zugestimmt hatte, in der Bürgererschaft durch die Kommunisten, die mit dem hanseatischen Volksbund gegen uns stimmten, mit einer Stimme Mehrheit zu Fall gebracht. Das war wieder einmal ein Musterbeispiel dafür, wie praktische Politik nicht gemacht werden kann. Was bleibt nun übrig? — Nichts weiter als ein Kompromiß mit der Rechten.

Im April war die ganze Bürgererschaft von rechts bis links

darin einig, daß unsere Volksschulen nach der tech- nischen Seite hin ausgebaut werden müßten. Die Ober- schulbehörde wurde aufgefordert, der Bürgerchaft einen Plan vorzulegen, nach dem unsere Volksschulen in den nächsten Jahren ausgebaut werden könnten. Die Antwort, die erst kürzlich auf Grund einer Anfrage unserer Fraktion einlief, war nicht rosig. Kurz gefaßt, es ist kein Platz für einen Ausbau, wie er gewünscht wird, in allen Schulen vorhanden, deshalb...

Neuertwerbungen der Stadtbibliothek (im Lesesaal zur Ansicht ausgelegt vom 1. bis 10. Januar). Die Stadtbibliothek (Hundestraße 5) ist werktäglich von 10—1 und 4—8, Sonnabends von 10—2 Uhr für jedermann unentgeltlich geöffnet.

Das Geleg- und Verordnungsblatt der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 46 vom 31. Dezember 1927 enthält: 1. Nachtrag zu der Verordnung vom 22. September 1923 zur Ausführung des Gesetzes über Mieterschutz und Mietvermittlungsämter vom 1. Juni 1923 in der Fassung des Gesetzes zur Abänderung des Mieterschutzgesetzes vom 17. März 1927.

Drängen der Kriegsoffizierverbände hat die Regierung teilweise nachgegeben. Während der Beratungen im Kriegsbeschädigten- Ausschuss des Reichstages hat der Regierungsvertreter folgende Erklärung abgegeben: Die Reichsregierung ist bereit, in erweiterter Auslegung des § 71 des Gesetzes über das Verfahren in Verleumdungssachen zu ermöglichen, daß Kriegsbeschädigte, die wegen einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 v. H. abgefunden worden sind, wieder Verordnungen erhalten können, wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht — auch ohne daß eine Verschlimmerung nachweisbar ist — mindestens 25 v. H. beträgt.

Filmchau Schauburg. Wenn in Wien bei verarmten Verwandten eine reizende Baronin Fräulein Zitzl als armes Häßchen ein freudloses Dasein führt, so würde es aller Tradition widersprechen, wenn sich nicht für das süße arme Mädel ein ebenso lieber, aber schwerreicher Freier finden würde. Woher er kommt, ist nebensächlich; aber kommen wird er. Und schon ist er da: Der Sohn des Besitzers der Neuperfor Morningpost, des früheren Nachbarn der verarmten Fräulein.

Stadthallen-Vishspiele. Wer nichts weiter von einem Film verlangt, als ein Prachtspiel in bezaubernder Pracht, wie die Stadthallen-Vishspiele den dieswöchigen Film Casanova bezeichnen, der findet tatsächlich, was er nur wünschen kann. Es ist einfach fabelhaft, was die Filmoperatoren an bestrahlenden Bildern aneinander gereicht haben. Ganz besonders ist das gigantische Feuerwerk zu erwähnen, wie man es wohl so schön noch nicht erlebt hat, und daß dieses Feuerwerk noch dazu in allen den bunten Farben der Natur gebracht werden konnte, ist ganz besonders erwähnenswert.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten. Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten. Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Nichtamtlicher Teil Herfa Rebien Wilhelm Klenz Verlobte Seeretz. 31. Dezemb. 1927 Guffav Fedder Bertha Fedder geb. Torn Vermählte Für erwiesene Aufmerksamkeit danken herzlich D. O. Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Vermählung danken herzlich J. Ostke und Frau Else geb. Krabbe

Lübecker! Untersfüzt Lübecker Unternehmen Trink die guten Biere der Lübecker Brauereien! Brauerei zur Walkmühle H. Lück Hansa-Brauerei A.-G. Aktien-Bierbrauerei Lübeck

Staatliche Handelslehranstalt Höhere Handelsschule. Aufgenommen werden: Schüler mit dem Abschlußzeugnis einer Realschule oder dem Verlegungszeugnis zur Obersekunda einer höheren Schule.

Öffentliche Verdingung über die Ausführung von 1. Zimmerarbeiten 2. Erd- und Mauerarbeiten zum Neubau der Liegehalle auf dem ehemaligen St.-Gertrud-Kirchhof. Angebote sind bis Dienstag, den 10. Januar 1928, mittags 12 Uhr, in der Kanzlei der Baubehörde einzureichen.

Uhren-Reparaturen billig 1 Jahr Garantie Hermann Voß, Uhrmacher 36 Fleißhauerstraße 36

## Öffentliche Versteigerung

am Mittwoch, dem 4. d. M., vormittags 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über:

Klaviere, Trittmähmaschine (Grass), Schreib- u. a. Tische, Bücher u. a. Schränke, Sofas, Spiegel, Bilder, 50 Handspiegel, Bett- und Kissenbestände, 1 Oberbett, 1 Partie Damen schuhe, Brillenträger u. a. m.

Die Gerichtsvollzieher

### Millionen

sind Anhänger der giftfreien Volkshelmsen (Biochemie, Homöopathie usw.)

Diese haben sich bei frischen und veralteten Leiden bestens bewährt. Säuglings- und Kinderkrankheiten reagieren besonders gut; die last geschmacklose Medizin wird gern genommen und ist für den zarten Organismus der Kinder unschädlich. Seelische Krankenbehandlung.

Hellpraxis Gellius, Holstenstraße 21

## Friseur-Geschäft

befindet sich jetzt

Untertrave 88-89-Ecke Beckergrube  
**Paul Hilmer**

Meiner werthen Kundenschaft sowie allen Freunden und Bekannten ein

fröhliches Neujahr  
Bäckerei Alfred Schmidt  
(Heinr. Hofmeyer Nachf.)

## Geschäfts-Übernahme

Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem 1. Januar 1928 die

**Fr. Heinr. Kuhlmann, Rohproduktenhandlung,**

An der Untertrave 31/32,

übernommen habe. Es wird mein ernstes Bestreben sein, das dem Geschäft bisher erworbene Vertrauen in jeder Hinsicht zu bewahren und zu fördern.  
Hochachtungsvoll **Ernst Sütel**

## Fröhliches Neujahr

wünscht allen Gästen

**Frau Bertha Wiende**

Allen Gästen, Freunden und Bekannten ein

**Fröhliches Neujahr!**

**Wilh. Both**  
und Frau

Meiner werthen Kundenschaft wünsche ein recht

**fröhliches Neujahr!**

**M. Scharffe, Friseur,**

Geerh.

Allen werthen Gästen, Freunden u. Bekannten

ein **fröhliches**

**neues Jahr**

**Ernst Karp**

und Frau

Restaurant St. Gertrud

Allen Gästen und Freunden ein

**fröhliches Neujahr!**

**Bruno Wilhelm und Frau**

**Emittentrug**

## Stadttheater Lübeck

Montag, 20 Uhr  
**3. Ballst. Hönigst.**  
(Ende 22.00 Uhr)

Montag, 20 Uhr:  
**Kammerspiele:**  
**Spiel im Schloß**  
(Auffer Abonnement)  
(Ende 22.15 Uhr)

Dienstag, 19.45 Uhr:  
**Die Affenancin**  
(Oper)  
(Ende 23.15 Uhr)

Mittwoch, 20 Uhr:  
**Robert u. Bertram**  
(Komödie)

Donnerstag, 19.30 Uhr:  
**Der Rosenkavalier**  
(Oper)



## Lübecker Haus- und Grundbesitzer-verein e. V.

Unsere Mitgliedern ein Glückauf zum neuen Jahr, insonderheit Steuersenkung bis zum erträglichen Maß!

## Monatsversammlung

am Mittwoch, dem 4. Januar 1928  
abends 8 Uhr

im weißen Saal der Stadthalle

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Mitgliederaufnahme am Eingang zum weißen Saal. Grundbesitzer! Werdet Mitglied der besten Vertreterorganisation. **Der Vorstand**



## Der Ausstoß von Schultheiss-Patzenhofer Urbock

Starkbier  
in alter Friedensqualität

beginnt am

**4. Januar 1928**

# Zur Kräftigung Trinkt Wilckens Doppel Malzbier Aerztlich empfohlen

Telephon 29958/59

Morgenfrau gef. zu meld. zwisch 1-4 Uhr. in Friedhofs-Allee 3.

Bilanzbuchhalter empf. sich Gewerbetreib. Büch. z. Führ. 80.43 pr. Std. Aug. u. L. 449 a. d. Exp. 1928

Möbl. Zimmer zu verm. Slaventrage 19.

Berl. in d. Silberstr. nach 1 Uhr mit kurzer Reite (Schafflen) geb. 7. B. 30. 10. 1927. Da Andenten gegen 10. 2/4 Belohnung abzugeben. Meierstr. 28. 1.

**Frauenarzt**  
**Dr. Brederlow**  
Breite Straße 97  
zurück

**Leder**  
im Auschnitt 8807  
**Schuhwaren**  
aller Art billig.  
**Heinr. Beckmann**  
Fellersstraße 3

**Balen- Matrasen**  
**Unifor- Matrasen**  
werden in jed. Größe zu den billigsten Preisen angefertigt.  
**Gebrüder Hehl**  
Hehl. Spez.-Gesch.  
Untertrave 111/112  
b. d. Holtenstr.

333  
4 M. an  
585  
8 M. an  
300 Ringe am Lager  
Jungbans-Uhren  
garantle-Wecker  
Bestecke 8809  
800 Silber — 90 versilb.  
**H. Schultze, Uhrmacher**  
Oh. Johannisstraße 20



## LÜBECKER BIERE!

Brauerei zur Walkmühle-H. Lück  
Aktien-Bierbrauerei Lübeck  
Hansa-Brauerei AG

## Der Ausstoß unseres Bockbieres

beginnt Donnerstag  
den 5. Januar 1928

Brauerei zur Walkmühle H. Lück  
Aktien-Bierbrauerei Lübeck  
Hansa-Brauerei A.-G.

## Konsumverein für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

### Wahlversammlungen

finden statt:

#### Bezirk Vorwerk

W.-N. 11

am Montag, dem 9. Januar 1928, abends 7 1/2 Uhr bei Sommerfeld, Vorwerk, Bogenstraße

#### Bezirk Schlutup

W.-N. 12

am Montag, dem 9. Januar 1928, abends 7 1/2 Uhr bei Saborowsky, Schlutup

#### Bezirk Karlishof

W.-N. 50

am Dienstag, dem 10. Januar 1928, abends 7 1/2 Uhr in der Forsthalle, Fraatzdorf

#### Bezirk Dornbreite

W.-N. 54

am Dienstag, dem 10. Januar 1928, abends 7 1/2 Uhr im „Weißen Strich“, Krempeisdorfer Allee

#### Bezirk Brandenbaum

W.-N. 61

am Dienstag, dem 10. Januar 1928, abends 7 1/2 Uhr in „Bertramshöh“, Marktstraße

### Tagesordnung

in allen Versammlungen

1. Geschäftsbericht und Ausprache
2. Bericht der Vertreter und Ersatzwahl

Als Ausweis dient die Rückvergütungs-karte, dieselbe ist am Lokaleingang den Vertretern vorzuzeigen.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand

## Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

### Wahlversammlungen

finden statt:

#### Bezirk Hügelftor

W.-N. 17, Morterstraße

am Dienstag, dem 9. Januar 1928, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Falkenburg“, Falkenstraße

#### Bezirk Holstentor-Nord

W.-N. 2, 14, 34, 40 u. 68, Warendorferstraße, Drögestraße, Steinaberweg, Waisenhofstr. und Sedanstr.

am Mittwoch, dem 4. Januar 1928, abends 7 1/2 Uhr im „Konzerthaus Lübeck“, Faldenburgen Allee

#### Bezirk Holstentor-Süd

W.-N. 6, 27 u. 71, Lindenstr., Töpferweg und Janaststraße

am Mittwoch, dem 4. Januar 1928, abends 7 1/2 Uhr im Konzerthaus „Flora“, Nebenhoffstraße

#### Bezirk Klosterhof und Gärtnergasse

W.-N. 7 u. 69

am Mittwoch, dem 4. Januar 1928, abends 7 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus „Miersdorfer“, Ratsbürger Allee

#### Bezirk Wilhelmshöhe und Einfielstraße

W.-N. 38 u. 58

am Mittwoch, dem 4. Januar 1928, abends 7 1/2 Uhr im Restaurant „Einfiel“ b. Köpcke

#### Bezirk Innere Stadt

W.-N. 1, 10, 26 u. 67, Königstr., Lg. Lohberg, Fischergrube u. Gartenstraße  
am Donnerstag, dem 5. Januar 1928, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße, Zimmer 11

### Tagesordnung

in allen Versammlungen:

1. Geschäftsbericht und Ausprache
2. Bericht der Vertreter und Ersatzwahl

Als Ausweis dient die Rückvergütungs-karte, dieselbe ist am Lokaleingang den Vertretern vorzuzeigen.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand

## Sparklubbücher

sind preiswert zu haben  
Buchhandlung Lübecker Volksbote

## Mitteilung

Ich habe meine Büroräume von der Königstraße nach

**Breite Straße 79, parterre**  
(Eingang Filiale Reichardt)

verlegt.

Lübeck, den 1. Januar 1928

**Dr. F. Bendfeldt**

Rechtsanwalt und Notar

## Öffentl. ärztliche Vorträge

zur Förderung der Gesundheitspflege

### 5. Vortrag

am Donnerstag, dem 5. Januar 1928, abends 8 1/2 Uhr in der Aula des Johanneums

**Dr. Siering:**

„Einführung in die Berufs- und Gewerhygiene“  
Danach Lichtbildvortrag  
„Gewerhygiene, Arbeitshygiene und Arbeiterschutz“  
Eintritt 20 Pfg.

Lübecker Landesausschuß für hygien. Volksbelehrung



aus den zu erwartenden Mehrerträgen aus den Bremer Stadti-  
schen Werken soll ein Teil des Defizits abgedeckt werden.

Auf die sozialdemokratische Fraktion gab Fraktionsvorsitzender Rhein eine Erklärung zu der Vorlage ab, deren wesentlichste Teile lauten: „Die sozialdemokratische Fraktion der Bremer Bürgererschaft ist der Auffassung, daß die Beamten möglichst in einer geringen Anzahl von Berufsgruppen zu gliedern sind. Diesem Gedanken folgte die Referentenvorlage nicht. Trotzdem hat die Fraktion unter Zurückstellung ihrer Bedenken sogleich mitgearbeitet, indem sie versuchte, durch Anträge auf Zusammenfassung von Gruppen die Vorlage in ihrem Sinne umzugestalten. Im Verlaufe der Beratungen sind die Änderungen aller Berufsgruppen und Beamtengewerkschaften geprüft worden. Keiner konnte nicht allen berechtigten Anträgen der Organisationen zum Erfolge verholfen werden. In zahlreichen Fällen, wo solche Erfolge erzielt wurden, geschah es, weil die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zum Zustandekommen des Gesetzes erforderlich war. (Es werden dann die einzelnen Verbesserungen aufgezählt.) Es gelang der Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion, zahlreiche Beamtentatigkeiten, bei denen die sachliche Berechtigung anerkannt wurde, in höhere Gruppen zu überführen. Die von der Sozialdemokratie für die Beamten der unteren Gruppen erzielten Verbesserungen bedeuken für diese eine Erhöhung ihrer Bezüge um insgesamt jährlich 200.000 Mark. Diese Verbesserungen konnten dadurch erreicht werden, daß die Fraktion aus den in der Referentenvorlage vorgesehenen Bezügen der höheren Beamten die Schlussatzgeringen für die Beamten der unteren Gruppen zog. Das Gesamtergebnis der Verhandlungen, wie es sich in der Bürgererschaftsvorlage darstellt, befriedigt die sozialdemokratische Fraktion nicht vollkommen. Um aber überhaupt das Gesetz zustandekommen zu lassen, erklärt sie heute ihre Zustimmung. Die Fraktion wird die verbleibenden Mängel in der neuen Bürgererschaft auszugleichen suchen.“

Obwohl die Sozialdemokratie bereits in der Kommission die Abgabe einer Erklärung im Plenum angekündigt hatte, taten die Vorsitzenden der Demokraten und Volksparteier ganz verblüfft und spielten die Befriedigten, weil die Sozialdemokratie ihren Anteil an der Neuordnung der Beamtenschaft und ihre weiteren Absichten ganz klar zum Ausdruck gebracht hatte. Sie nannten das „Allopat“ und bedauerten nicht auch eine Erklärung zur Hand zu haben. — Und dann begann ein ebenso demagogischer wie heuschreckender Weitsauf der Deutschvölkischen, Kommunisten und Hausbesitzer um die Gunst der Beamten. Die Redner dieser drei Gruppen hielten knallende Reden zu der mit Beamten überfüllten Bürgerchaftsgalerie hinauf. Ihre Versprechungen und schrankenlosen Anträge waren so sehr auf Beamtentüder zugeschnitten, daß alle Augenblicke nicht nur die Bürgerchaftsmitglieder, sondern auch die Tribünenbesucher herzlich lachen mußten. Der Clou des Tages aber war, als der kommunistische Redner, nach der in hintersthem Ton vorgetragenen „Abrechnung“ mit der sozialdemokratischen Beamtenschaft dem Hakenkreuzler feurige Liebeserklärungen darbrachte und begeistert erklärte: mit dem Hakenkreuzler seien die Kommunisten einig, denn der habe „die Wahrheit“ gesprochen. — Da das ganze Gebäude der Beamtenschaft ins Wanken gekommen wäre, wenn man willkürlich hier oder dort einen Eckstein herausgerissen hätte, lehrten zum Schluß die großen Parteien die Anträge der kleinen Gruppen ab und beschloßen in einer Lesung das Gesetz in unveränderter Form.

Mit einem Dank an die Bürgerchaftsmitglieder, namentlich die ausschließenden, für ihre Mitarbeit schloß der Präsident die Sitzung. Die neue Bürgerchaft tritt bereits am 6. Januar zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

### Vom Film

Vor einer Filmtour in Hollywood? Schon seit einiger Zeit mehren sich die Gerüchte, daß die amerikanischen Produzenten in Hollywood ihre Aelsters vorübergehend schließen wollen, um umfassende Reorganisationen vorzunehmen. Warner Brothers haben bereits den Anfang gemacht und seit dem 20. Dezember die Betriebe geschlossen. Die amerikanische Filmindustriellergesellschaft, The Actors Equity, ist mit den amerikanischen Produzenten in Verhandlungen getreten, um die weitere Schließung

von Aelsters zu verhindern. Die Produzenten stehen auf dem Standpunkte, daß sie, wenn sie ihrem Personal „drei Wochen Ferien“ geben, damit über 600.000 Dollar sparen. Aber mit diesen „Ferien“ würden natürlich gleichzeitig sämtliche Kompanien, die ja nur in seltenen Fällen feste Verträge haben, brotlos. Inzwischen hat eine Zusammenkunft der bekanntesten amerikanischen Filmindustriellen, wie Adolph Zukor, M. Scharf, Carl Laemmle, S. R. Kent, Sam Kay und anderen stattgefunden. Ueber den Inhalt der Verhandlungen ist noch nichts bekannt, es heißt aber, daß der Plan erwogen worden ist, die Hauptdarsteller am Gewinn zu beteiligen, um vor allem die hohen Stargagen abzubauen. Ferner sollen die Herstellungskosten der Filme stark reduziert werden. Nach einer Mitteilung der Filmindustriellergesellschaft ist die Beschäftigung in der amerikanischen Filmindustrie stark zurückgegangen. Von 120 Hollywood Regisseuren waren in der letzten Zeit durchschnittlich nur 60, von 4000 Darstellern nur 600 und von 11.000 Extras (Kompanien) nur durchschnittlich etwa 2500 beschäftigt.

**Partei-Nachrichten.**  
**Sozialdemokratischer Verein Lübeck**  
Sekretariat: Johannisstr. 43. · Telefon 2242.  
Sprechstunden  
11—1 Uhr und 4—5 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Schönwälder. Sozialdemokratischer Verein, Mittwoch, den 4. Januar, abends 7½ Uhr, Generalversammlung im „Landhaus“. Alles muß erscheinen.

**Sozialistische Arbeiter-Jugend**  
Bureau: Johannisstraße 43.  
Sprechstunden: Montag und Donnerstags von 6½—7½ Uhr

An alle Mitglieder! Ein Lehrgang für Zimmerleute (besonders Brettschneiderei) findet am 5. und 6. Januar im Jugendheim, Königstraße, statt. Alle Mitglieder, die Interesse daran haben, müssen sich heute abend im Bureau melden oder beim Jugendleiter Melchior. Kosten entstehen nicht. Jede Mitteilung muß mindestens ein Mitglied einschließen.

Sämtliche Mitgliedsanträge müssen sofort im Bureau abgeliefert werden, bezuglich unbedingt die Quartalsberichte.  
Unterstützungsanträge in Proben. Sämtliche Funktionäre, die an der Konferenz am 15. Januar teilnehmen wollen, müssen sich sofort bei den Verteilungsstellen melden. Freitag, den 6. Januar, letzter Anmelde-termin. Das Mittagessen kostet 50 Pfennig.

**Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Rindertreuer**  
Montag, den 2. Januar, 8 Uhr abends Vorstandssitzung bei Genosin Schmidt, Doerbedt. 31. Die Bezirksleiter werden um ihr Kommen dringend gebeten.

### Simmelte auf Verammlungen, Theater usw.

Stadtheater. Heute, Montag, findet in den Kammertheatern die erste Wiederholung des Lustspiels „Spiel im Schloß“ statt. Am Dienstag 10.45 Uhr wird mit dem Dienstag-Abonnement „Die Waise“ (Kamerale) große Oper von Wagner zum nächsten Male wiederholt. Abends 8 Uhr spielen die beiden Kammertheater unter Leitung von Generalmusikdirektor Karl Mannhaed, Solist: Konzeptsmeister Karl Kundra.

### Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportverein Lübeck. Spielfeld Gerds, Untertrone Nr. 103. Spieltage jeden Dienstag und Donnerstag 8 Uhr abends. Sonntags ab 10 Uhr morgens. In allen Spieltagen freier Schachverkehr. Gölle herzlich willkommen.

Vollspielverein Roswitz. Auf das am 8. Januar, nachm. 2 Uhr auf dem Rosenhof stattfindende Ausschulungsspiel Waldin 1 — Roswitz 1 um die Kreismeisterschaft wird hierdurch schon jetzt hingewiesen. Wie im Vorjahre, ist wiederum Waldin diesjähriger Bezirksmeister des 4. Bezirks und Roswitz wiederum Bezirksmeister des 2. Bezirks. Das vorjährige Ausschulungsspiel war ein harter Kampf und konnte Roswitz in den letzten fünf Minuten das entscheidende Tor anbringen. Auch das heutige Ausschulungsspiel verspricht hochinteressant zu werden.

Rehabilitationspartei. Börse am Mittwoch, dem 4. Januar, abends 8 Uhr im Brauereihof stattfindende Kreisfeier Medlenburg — Lübeck sind von den Vereinen V. S. A. und A. L. A. je vier gepulste Schiedsrichter als Unterrichter zu stellen. Dieselben müssen Klubschlüssel und Unterschriften mitbringen. Bauernverein ist der S. A. Alfordia. Umgehlosal Baumst. Präfekturzug. Die Unterrichter und Helfer haben sich eine Stunde vor Beginn des Spiels im Umgehlosal einzufinden. Der Spielausgang.

Arbeiter-Turn- und Sportklub J. Kreis J. Bezirk. Sitzung des Bezirksvorstandes mit den Vertretern der Turn-, Wassersport- und Fußballsparte am Dienstag, dem 3. Januar, abends 8 Uhr im Arbeiter-Sportheim.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Stöckelholz und Umgegend. Kämpfe, Trommeln und Pfeifen! Zusammenkunft mit Instrumenten am Dienstag, dem 3. Januar, abends 7½ Uhr im Vereinslokal (W. Lampe). 1. Reibungsabend unüberdunkelt am Mittwoch, dem 4. Januar, abends 8 Uhr. — Generalsversammlung am Sonnabend, dem 7. Januar.

Arbeiter-Schachklub Sozialist. Abteilung Motorschachklub, Lübeck. Am Mittwoch, dem 4. Januar, findet unsere Monatsversammlung abends 8 Uhr bei Stahlbaum, Dannewitzstraße 74, statt.

Rehabilitationspartei. Der Vermerk für das am 8. Januar, nachmittags 2 Uhr auf dem Rosenhof stattfindende Ausschulungsspiel um die Kreismeisterschaft Medlenburg — Lübeck ist eröffnet. Vorverkaufskarten zum Preise von 50 Pf. sind in folgenden Katalogen zu haben: Volkskampf; Wende, Hoffenberg; Wilsch, Marienburg; Arbeiter-Sportheim, Hundelstraße; Jägervereinsklub; Pelmann, Kurort und Gerdt, Kolonialstraße. Erwerbshilfe und Schüler erhalten Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen nur an der Kasse.

### Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Das Kennzeichen der heftigen hohen Stürme hat unter Zunahme seiner Intensität eine Fortbewegung nach Südosten nachgelassen und ist jetzt über Polen. Aber auch über Südschweden und Fülland ist infolge der Abstrahlung des getriebenen englischen Meeres der hohe Druck wieder hergestellt, so daß bei uns föhnartige Aufströmungen bei Temperaturerhöhung die kluge Größe unter dem Gesichtspunkt liegen, bestehen bleiben. Ueber Island fällt der Druck neuerdings stark; jedoch wird zunächst die herrschende Witterung noch andauern.  
Vorhersage für den 2. und 3. Januar  
Ganze Küste: Mäßige bis starke böige Winde aus Südosten bis Süden, meist bedeckt, stellenweise Regen, vorwiegend trocken, Temperaturen wenig verändert.

### Schiffsnachrichten

Lübeck. Die Vllingelgesellschaft  
Dampfer „Travemünde“ ist am 20. Dezember in Philadelphio angekommen. Dampfer „Kanal“ ist am 20. Dezember 17 Uhr von Alga nach Kanal abgegangen.  
Dampfer „Sankt Jürgen“ ist am 20. Dezember 17 Uhr von Alga nach Lübeck abgegangen.

Angelommene Schiffe  
1. Januar  
D. Lübeck, Kapt. Carlsson, von Gothenburg, 4½ Tg. — D. Biabra, Kapt. Raddak, von Lda, 3 Tg. — D. Vlna Runkmann, Kapt. Biehoff, von Kotterdam, 1 Tg. — D. Nordbjernsen, Kapt. Deman, von Lda, 2 Tg.

2. Januar  
D. Arel, Kapt. Sundblad, von Holm, 1 Tg. — D. St. Gertrud, Kapt. Nitow, von Memel, 2 Tg.

Abgegangene Schiffe  
31. Dezember  
D. Seeadler 1, Kapt. Neus, nach Wismar, Stützgut. — D. Kong Rognar, Kapt. Erikson, nach Oslo, Stützgut. — D. Clara, Kapt. Raabmann, nach Aalborg, leer. — D. Urania, Kapt. Eeman, nach Gelle, Stützgut. — D. Wlanet, Kapt. Schröder, nach Stockholm, Stützgut. — D. Alfan, Kapt. Gustafson, nach Gothenburg, Stützgut. — D. Nordbjern, Kapt. v. Noh, nach Kopenhagen, Kopenhagen. — D. Gellan, Kapt. Eimen, nach Stockholm, Stützgut. — D. Aftica, Kapt. Janßen, nach Helsingfors, Stützgut.

1. Januar  
A. D. Carl Alchur, Kapt. Bröder, nach Helsingborg, leer. — S. V. Irene Alchur, Kapt. Hagenfahr, nach Helsingborg, Holz. — S. V. Hjar, Kapt. Alchur, nach Helsingborg, Holz. — D. Macania, Kapt. Heege, nach Norhus, leer. — S. Anna, Kapt. Persson, nach Rjoge, Kafi.

### Geschäftliches

Die Firma J. F. Casler u. Sohn, Lübeck, hatte bekanntlich seit Jahresfrist einen ausgedehnten Leitergerüstverleib-Betrieb an ihr Bedienungsgeschäft angegliedert. Wie aus der Anzeige vom Sonnabend ersichtlich, hat die Firma nunmehr auch die bisher unter dem Namen „Lübecker Gerüstverleibgesellschaft“ (vorm. „Atlas“) betriebene Firma mit der ihrigen vereinigt und damit für Lübeck ein Unternehmen geschaffen, das den größten hiesigen Anforderungen im jeder Hinsicht gewachsen ist.

**Erst mehr Früchte,**  
und Ihr bleibt gesund!

**Frauenwelt**  
Eine Halbmonatschrift,  
von Grund auf  
wissenschaftlich  
Unglaublich  
abzu-  
wasfen!

1  
Auch selbst die wirklich guten Sachen,  
Noch besser sind sie stets zu machen!  
Daß diese Weisheit recht behält,  
Siehst du jetzt an der „Frauenwelt“!

Abonniere auch Du!  
„Die Frauenwelt“ kostet trotz erhöhten Umfanges nur 30 Pf. Bestelle noch heute beim Zeitungsboten oder in deiner Volksbuchhandlung.

Gegründet 1856

# Commerzbank in Lübeck

Die Depositenabteilung unserer  
**Hauptniederlassung Lübeck, Kohlmarkt 7—13**  
sowie unsere sämtlichen hiesigen und auswärtigen Depositenkassen und Geschäftsstellen  
nehmen jederzeit

## Bareinlagen

— auch den kleinsten Betrag —

zur Verzinsung auf

## Spar- oder Depositen-Konto

gegen Aushändigung von Einlagebüchern von jedermann entgegen. Zeitgemäße Zinsvergütung, laufend vom Tage der Einzahlung bis zum Tage der Abhebung, je nach Kündigungsfrist